

DIE LINKE. Fraktion

Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung

Vorlagennummer: **STV/2942/2010**
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich
Datum: 01.03.2010

Amt: Büro der Stadtverordnetenversammlung
Aktenzeichen/Telefon: - Al -/1032
Verfasser/-in: Prof. Dr. Aris Christidis, Die Linke.Fraktion

Beratungsfolge	Termin	Zuständigkeit
Magistrat		Zur Kenntnisnahme
Ausschuss für Schule, Bildung und Kultur	11.03.2010	Beratung
Stadtverordnetenversammlung	25.03.2010	Entscheidung

Betreff:

Sicherheit an Gießener Schulen

- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 01.03.2010 -

Antrag:

„Der Magistrat möge berichten:

1. Gibt es schulinterne / kommunale / regionale / landesweite Untersuchungen über
 - a) Schüler mit fachlichen und/oder persönlichen Problemen, die weder von ihren Familien noch von öffentlichen Stellen Unterstützung erhalten?
 - b) Schüler, die trotz erkannter Begabung (z.B. aufgrund von Unterforderung) schlechte Noten bekommen?
Schüler, die ohne erkennbaren Grund vereinsamen?
 - c) Schüler, die der physischen oder psychischen Gewalt ihrer Schulkameraden hilflos ausgesetzt sind (z.B. aufgrund ihrer fachlichen oder sportlichen Leistungen, ihres Aussehens, ihrer sozialen oder nationalen Herkunft oder aufgrund irrationaler Gruppendynamik)?
 - d) Schüler, die durch Vorgänge in ihrer nächsten Umgebung (Krankheit, Tod, Trennung, Bedürftigkeit, Kriegstrauma eines Elternteils) traumatisiert sind und sich in ihrem Verhalten stark verändern?
Wiederholte Beschwerden von Eltern über Lehrer-Willkür?
 - e) Menschengruppen, die zu den schulischen Betriebszeiten (d. h. nur an Wochentagen außerhalb der Ferien, verstärkt zu Beginn oder zum Schluss des Unterrichts) in der nächsten Umgebung einer Schule gesichtet werden (Schulhof,

Bürgersteig, Ampelanlage) mit kommerziellem, politischem, gewerkschaftlichem, kirchlich-religiösem oder kriminellem Interesse?

- f) Schüler, die eine für sie nicht-gewünschte oder nicht-geeignete Schulklasse oder Schulform besuchen, nur weil nichts Passendes für sie verfügbar ist?
 - g) Einzelne oder Gruppen von Kindern und Jugendlichen, die nicht an eine attraktive Zukunft für sich glauben - oder gar denken, sie hätten nichts zu verlieren?
 - h) die Verbreitung unter Jugendlichen von Ideologien / Denkweisen / Verhaltensweisen / Sprüchen, die die Demokratie / das Gleichheitsgebot ablehnen oder in Frage stellen?
Wenn ja: Was ergab die Auswertung dieser Untersuchungen? Gab es Gegenüberstellung zu entsprechenden ausländischen Erfahrungen? Mit welchem Ergebnis?
2. Gibt es für die Übertragung der Ergebnisse solcher Untersuchungen auf Gießen die notwendigen fachlichen und personellen Ressourcen (Lehrer, Psychologen, Soziologen, Sozialarbeiter etc.)?
 3. Ist eine Freistellung der Lehrkörper und der Schulleitungen für ihre Unterrichtung und Weiterbildung durch Spezialisten bzgl. aktueller Entwicklungen vorgesehen?
 4. Wie viele der in Gießen arbeitenden Lehrer und Psychologen haben bereits (vom Schulamt oder von anderen angebotene) Weiterbildungen zur Entstehung, Früherkennung und friedlichen Behandlung von Bedrohungssituationen in Schulen u. ä. Einrichtungen gehabt? Wie viele von ihnen halten ständigen Kontakt zu jeweils einer Gruppe (Schulklasse, Jugendzentrum etc.), deren Situation sie persönlich überschauen? Beurteilt der Magistrat ihre Anzahl als ausreichend?"

Begründung:

Der Magistrat hat über die Drucksache STV/2687/2009 Gelegenheit bekommen, über die Bewältigung von Krisensituationen zu berichten, die sich an Gießener Schulen ergeben könnten. Bedingt durch die Fragestellung in der Drucksache konnte dabei der Stadtrat hauptsächlich die Möglichkeiten der Reaktion, weniger der Prävention von Gewalt zu erörtern. Er hatte keine Gelegenheit, über stattfindende Ursachenforschung, -auswertung und -behebung zu berichten.

Prof. Dr. Christidis